

verein
ber 1929,
gart ein
halt
oben statt.
Besonders
ng Calws
n machen.
Böhner.
orgen
aus
AU
g
zell
ing
findet im
Hirsau
tung
in Hirsau
em Besuch
Kapelle.
Rittowski,
nd Landes-
rie Him-
lichtwaren;
glett bei:
enbach bei:
Ferdinand
nwarz. In
waren; W

Erscheinungsweise:
Täglich mit Ausnahme
der Sonn- und Festtage

Anzeigenpreis:
a) im Anzeigenteil:
die Zeile 20 Goldpfennige
b) im Reklameteil:
die Zeile 65 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen
kommen 50% Zuschlag

Für Plakatschriften
kann keine Gewähr
übernommen werden

Gerechtsstand
für beide Teile ist Calw



Bezugspreis:
In der Stadt 40 Goldpfennige
wöchentlich mit Trägerlohn
Post-Bezugspreis 40 Gold-
pfennige ohne Bestellgeld

Schluss der Anzeigen-
annahme 8 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt
besteht kein Anspruch auf Lieferung
der Zeitung oder auf Rückzahlung
des Bezugspreises

Fernsprecher Nr. 9

Verantwortl. Schriftleitung:
Friedrich Hans Scheele
Druck und Verlag
der A. Oelschläger'schen
Buchdruckerei

Das Volksbegehren angenommen

10,06% der Wähler haben sich eingetragen

Amliche Meldung über das vorläufige Ergebnis des Volksbegehrens.

Am 4. Nov. Nach den letzten beim Reichswahlleiter eingegangenen Meldungen stellt sich das Ergebnis wie folgt:

Zahl der Stimmberechtigten 41 073 459, Zahl der Eintragungen 4 133 812, mithin Beteiligungsziffer 10,06 v. H. gemessen an der Gesamtzahl der Stimmberechtigten (41 278 897) liegen die Eintragungsziffern aus 99,50 v. H. des Reichsgebietes vor.

Es stehen noch aus die Ergebnisse aus zehn Gemeinden des Stimmkreises 24 (Oberbayern-Schwaben), mit rund 1 770 Stimmberechtigten und aus Teilen des Stimmkreises 25 (Niederbayern) mit rund 203 670 Stimmberechtigten. Für die übrigen 88 Stimmkreise liegen die vorläufigen Eintragungsergebnisse vollständig vor.

Das Volksbegehren kann nach der vorstehenden Meldung als angenommen gelten. Die weitere Entwicklung des Begehrens mit dem Ziele des Volksentscheids wird nun folgende sein: Am 6. November wird der Reichswahlleiter amtlich die Feststellung des Resultates vornehmen. Das Volksbegehren muß dann mit einer entsprechenden Stellungnahme der Reichsregierung, die natürlich ablehnend ist, an den Reichstag gehen, der ebenfalls mit sehr großer Mehrheit dem Entwurf seine Zustimmung versagen wird, so daß dann nach den verfassungsrechtlichen Bestimmungen der Volksentscheid vorgenommen werden muß. Wann das allerdings der Fall sein wird, steht noch vollkommen offen. Die Sozialdemokraten legen keinen Wert auf eine beschleunigte Erledigung. Sie arbeiten wohl darauf hin, die Abstimmung im Reichstag mit der Schlussabstimmung über den Youngplan zu verbinden, um auf diese Weise den Volksentscheid erst stattfinden zu lassen, wenn die parlamentarische Entscheidung über den Youngplan gefallen ist. Die umgekehrte Taktik verfolgen begreiflicherweise die Deutschnationalen. Sie wollen den Parlamentarismus möglichst rasch arbeiten lassen, trotz der wahrscheinlich unvermeidlichen Kommissionsberatungen, um schon im Dezember spätestens zum Volksentscheid zu kommen, während die Sozialdemokraten frühestens über den Januar mit sich reden lassen wollen.

Praktischen Zweck hat die Fortsetzung des Kampfes eigentlich nicht mehr. Im Volksentscheid braucht der Reichsausschuß gegen die ablehnende Haltung des Reichstags die Beteiligung der Hälfte aller Stimmberechtigten. Er müßte also 20,5 Millionen auf die Beine bringen, müßte daher die Stimmenzahl des Volksbegehrens mehr als verdreifachen. Ein hoffnungsloses Beginnen, zumal wenn vergleichsweise dagegen gehalten wird, daß für den Volksentscheid über die Fürstenenteignung nur 14,5 Millionen Stimmen mobil zu machen waren. Kommt es dagegen dem Reichsausschuß wirklich auf die nationalpolitische Willensbildung an, dann würde er klug daran tun, den Gesetzentwurf zurückzuziehen und mit anderen Mitteln weiter zu arbeiten, denn wir befinden uns in einem Augenblick, wo die parlamentarische Entwicklung uns vor Lagen stellen kann, die eine starke, einige bürgerliche Mitte brauchen.

Das Echo aus Frankreich

Die französische Presse zum Volksbegehren.

Neben der Bellegung der Ministerkrise nimmt der Ausgang des deutschen Volksbegehrens die Aufmerksamkeit der französischen Öffentlichkeit in Anspruch. Schon seit Tagen hatten die Blätter ihren Lesern die jeweils bekannt gewordenen Eintragungsziffern mitgeteilt und besprechen nun nach dem erfolgreichen Abschluß in langen Leitartikeln die Aussichten des kommenden Volksentscheids. Der „Temps“ erklärt: Wenn die Anhänger Eugenbergs jetzt einen knappen Erfolg davongetragen hätten, so müßte man dies bedauern, weil der Volksentscheid für einige Wochen Unruhe in das politische Leben Deutschlands bringen würde. Die Nationalisten könnten sich ihres Erfolges nicht rühmen, da er eher eine Enttäuschung sei. An den abgegebenen Stimmen erkenne man, wo sich in Deutschland der Strom zugunsten der Friedenspolitik abzeichne und wo sich der Widerstand gegen diese Politik sammle. Das Blatt ist nicht der Ansicht, daß die Inkraftsetzung des Youngplans verzögert werden wird. Das „Journal des Debats“ schreibt: Man werde abwarten müssen, ob die Nationalisten Unterstützung von anderen Parteien erhalten und eine Bewegung gegen die Auswirkungen des Versailler Vertrages schaffen könnten oder ob die leitenden Männer den Mut haben würden, dem deutschen Volk seine internationalen Verpflichtungen vor Augen zu halten. Das Schicksal der Saager Abmachungen hänge in hohem Maße davon ab.

Zeppelin-Besuch in Böblingen

90 000 begrüßen das Luftschiff

Am Stuttgart, 4. Nov. Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist Sonntag morgen um 9.04 Uhr unter Führung von Dr. Edener zu der geplanten Stuttgart-Böblingen-Fahrt aufgekliegen. Die Reise ging vom Bodensee nach Basel über den Feldberg und das Höllental nach Freiburg, anschließend zum großen Teil durch Wolken, sodann über Offenburg nach Baden-Baden und von hier wieder zurück nach Stuttgart, das um 12 Uhr erreicht wurde. 12.30 Uhr wurde das Luftschiff in Böblingen gestrichelt und tauchte in 200 Meter Höhe plötzlich aus dem Dunst der niedrig gehenden Wolken auf. Ein erster Landungsversuch mißglückte, da ein Seitenwind das Luftschiff wieder etwas vom Flugplatz abtrieb. 12.50 Uhr unternahm das Luftschiff einen zweiten Landungsversuch, der ausgezeichnet gelang. Als Halmemannschaften waren 170 Mann Schutzpolizei bereitgestellt, die von 20 Mannschaften aus Friedrichshafen angeleitet wurden. Das Schiff wurde nach der Landung in die Nähe der Zuschauer gezogen und neu mit Wasserballast gefüllt.

Der württembergische Staatspräsident Dr. Holz begrüßte als Ehrenvorsitzender des württ. Luftfahrtverbandes Dr. Edener, Dr. Maybach und Dr. Dürr. Das 7-jährige Töchterchen des Staatspräsidenten brachte sodann vor dem Mikrophon ein Hoch auf die Führer des Luftschiffes aus. Als zweiter begrüßte der Stuttgarter Oberbürgermeister Dr. Lautenschlager das Luftschiff. Dann ging durch die dichten Spaltreihen der begeistertsten Menge — etwa 90 000 Personen — zum Flughafen, wo für die Befahrung ein Essen gegeben wurde. Ein Teil der Befahrung mußte natürlich im Schiff bleiben. Das Festhalten des Schiffes machte bei mäßigem Wind keinerlei Schwierigkeiten.

Stadtschultheiß Kraut-Böblingen entbot Dr. Edener und seiner Mannschaft während des Frühstücks ein herzliches „Grüß Gott!“ und sprach namens der Stadt Böblingen den Dank für den Besuch aus, obwohl dieser eigentlich der Stadt Stuttgart galt. Darauf ergriff Dr. Edener das Wort und führte aus: Er sei mit dem Luftschiff in die Provinz Württemberg gekommen, um dem württembergischen Volk in allernächster Nähe das Luftschiff zu zeigen, um dessen Zustandekommen gerade es sich so große

Verdienste erworben habe. Aufrichtiger Dank gebühre dem gesamten schwäbischen Volk, da es dem Grafen Zeppelin die Weiterführung seines Werkes ermöglicht habe. Sein Toast galt dem schwäbischen Land und seinen Bewohnern.

Fast zweieinhalb Stunden dauerte der Aufenthalt. Um 3 Uhr begaben sich die neuen Passagiere, es waren diesmal 83 gegenüber 81 bei der vorherigen, an Bord. Während der Mittagspause hatte die Böblingen Feuerwehrr neu Wasserballast in das Schiff gepumpt. Um 8.20 Uhr wurde das Hinterschiff losgelassen, im Vorderschiff Wasserballast abgegeben und schon erlöbte das Kommando „Luftschiff hoch“, zugleich das Zeichen für die Zuschauer Hochrufe auf das in den Wolken verschwundene Schiff auszubringen.

Nicht so einfach wie der Anmarsch der 90 000 Zuschauer, der sich auf mehrere Stunden verteilte hatte, gestaltete sich der Abmarsch. Die Straße zum Bahnhof, den man sonst in Minuten erreicht, war derart mit Menschen vollgestopft, daß man über eine halbe Stunde brauchte, um vor den Bahnsteigperrnen eine weitere Stunde oder noch länger warten zu müssen bis man „dran kam“. Immerhin hatte Böblingen vorgeforgt, daß wenigstens niemand Hunger oder Durst zu leiden brauchte. Für den Württ. Luftfahrtverband war der Tag ein Riesenerfolg.

„Graf Zeppelin“ in Friedrichshafen glatt gelandet.
Um 16.58 Uhr ist das Luftschiff „Graf Zeppelin“ zum ersten Male ohne Haltetane von Böblingen kommend glatt gelandet. Erst als es auf dem Boden war, wurden die Haltetane zum Einschleppen abgeworfen.

Frankreich fordert neue Sanktionen

Deutschland soll 5 Eisenbahnlinien zerstören?
Am Paris, 4. Nov. Im Zusammenhang mit der Rheinlanddrängung sind zur Zeit Verhandlungen zwischen der Völkervereinigung und der deutschen Regierung im Gange, die die Anwendung gewisser Bestimmungen des Versailler Vertrags über die Entmilitarisierung des linken Rheinufers und der 50 Kilometer-Zone auf dem rechten Rheinufer betreffen.
Nach einer halbamtlichen französischen Darstellung sieht das Abkommen, das noch nicht abgeschlossen ist, aber auf

Tages-Spiegel

Das vorläufige amtliche Ergebnis stellt fest, daß 10,06 Prozent sich in die Listen für das Volksbegehren gegen den Youngplan eingetragen haben. Der Gesetzentwurf wird dem Reichstag zugeleitet und dem Volk zum Entscheid vorgelegt werden.

In parlamentarischen Kreisen rechnet man nicht mehr damit, daß der Nachtrag und der neue Etat noch in diesem Jahr dem Reichstag zugehen.

Das Kabinett Lardieu ist gestern gebildet worden. Außenminister ist Briand, Kriegsminister Maginot.

In Washington ist ein Entwurf für das Abkommen mit Deutschland über die unmittelbare Abführung der deutschen Tributzahlungen an Amerika unter Umgehung der Weltbank fertiggestellt worden.

Der Schwedentrust hat sich durch den Abschluß eines Anleihevertrages mit Italien ein Zündholzmonopol für das gesamte Baltikum gesichert.

„Graf Zeppelin“ klaterte am Sonntag dem Flughafen Böblingen seinen Besuch ab.

Der Reichsbankdiskontsatz ist um ein Halb vom Hundert von 7% auf 7 vom Hundert und der Lombardsatz von 8% auf 8 v. H. ermäßigt worden.

gutem Wege zum Abschluß ist, die Zerstörung von fünf Eisenbahnlinien allein in der Pfalz durch Deutschland vor. Diese Eisenbahnlinien seien von den alliierten Sachverständigen als strategische Linien bezeichnet worden. Außerdem betrifft das Abkommen die Erlaubnis, die Deutschland zum Bau von drei Brücken über den Rhein erteilt werden soll.

Von französischer Seite wird versichert, daß es sich entgegen anderslautenden Darstellungen, nicht um eine geheime Abmachung zwischen Frankreich und Deutschland handele, deren Grundlagen Stresemann vor seinem Tode aufgestellt haben soll.

Das Kabinett Lardieu gebildet

Am Paris, 4. Nov. Das Kabinett Lardieu ist am Sonntag gebildet worden. Um 11.30 Uhr französischer Zeit wurde die folgende Ministerliste amtlich bekannt gegeben:

- Ministerpräsident und Minister des Innern: Lardieu;
- Unterstaatssekretär im Ministerpräsidentium: Marcel Gerand;
- Unterstaatssekretär im Innenministerium: Manau; Außenminister: Briand; Justizminister: Lucien Hubert; Finanzminister: Cherou; Unterstaatssekretär im Finanzministerium: Carpentier de Albes; Kriegsminister: Maginot; Marineminister: Leygues; Unterstaatssekretär im Marineministerium: De Ligne; öffentliche Arbeiten: Perno; Unterstaatssekretär im Ministerium für öffentliche Arbeiten: Malarme; Arbeitsminister: Pouchet; Staatssekretär für Volkswohlfahrt: Oberkirch; Minister für öffentlichen Unterricht: Marraud; Unterstaatssekretär für schöne Künste: Francois Poncet; Unterstaatssekretär für technischen Unterricht: Verret; Unterstaatssekretär für körperliche Erziehung: Pate; Handelsminister: Pierre Etienne Flandin; Kolonialminister: Pietri; Unterstaatssekretär im Kolonialministerium: Aloise Belmont; Pensionsminister: Galte; Luftfahrtminister: Laurent Eynac; Minister für Post und Telegraphie: Martin; Landwirtschaftsminister: Hennessy; Unterstaatssekretär für Handelsmarine: Rollin.

Ministerpräsident Lardieu hat sich mit dem neu gebildeten Kabinett in das Elysee gegeben, um dieses dem Staatspräsidenten vorzustellen.

Der Finanzausgleich mit Polen

Am Berlin, 4. Nov. In einem Teil der Presse ist die Behauptung verbreitet worden, daß die deutsche Regierung in dem Finanzausgleich mit Polen auf eine staatliche Forderung von 2 Milliarden Goldmark verzichtet habe, die ihr wegen des in Polen abgetretenen deutschen Staatseigentums zustehe. Hierzu wird von zuständiger Stelle bemerkt, daß die deutsche Regierung aus diesem Grunde Polen gegenüber nicht forderungsberechtigt sei, da diese Vermögenswerte im Jahre 1920 von Deutschland endgültig hätten abgetreten werden müssen und Deutschland daraus kein Anspruch mehr zustehe.

Die Warschauer Agentur Preß veröffentlichte am Sonntag ergänzende Erklärungen zu dem deutsch-polnischen Vertrag. Darin heißt es u. a., Polen habe auf das Wiederkaufrecht der deutschen Rentengüter verzichtet, jedoch mit Ausnahme derjenigen Fälle, wo schlechte Bewirtschaftung des Bodens usw. vorliege. Wie der sehr dehnbare Begriff der schlechten Bewirtschaftung entschieden werden soll, teilt die Agentur nicht mit.

El Berlin, 3. November. Der Reichsrat genehmigte in seiner letzten Sitzung die Verlängerung der Gültigkeitsdauer einer Verordnung über Zollerlaß für Rohzucker um 2 Jahre. Danach soll Rohzucker, der als Verbrauchszucker wieder ausgeführt wird, zollfrei eingeführt werden dürfen.

Der dem Reichsrat zugeleitete Entwurf des neuen Republikshilfsgegesetzes wurde den zuständigen Ausschüssen zur Beratung überwiesen.

Das Problem der Ernährungswirtschaft

Unter dem Vorsitz des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft fand in Berlin mit Damen und Herren der Wirtschaft, der Gewerkschaften, der Hausfrauenkreise und der Landwirtschaft eine eingehende Beratung über die Möglichkeiten einer weitgehenden Aufklärung der Bevölkerung über ernährungswissenschaftliche und ernährungswirtschaftliche Fragen statt. Reichsminister Dietrich legte den engen Zusammenhang der Agrarfragen mit den ernährungswirtschaftlichen Problemen dar. Unter Hinweis auf die Wandlungen der Ernährungssitten betonte er die Notwendigkeit, eine auch den wirtschaftlichen Erfordernissen Rechnung tragende Ernährungspolitik zu treiben. Es herrschte Einmütigkeit darüber, daß von einer zentralen Stelle aus die Ergebnisse der Ernährungswissenschaft in allgemein verständlicher Form in alle Kreise der Bevölkerung getragen werden müssen. Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft sagte die baldige Schaffung einer solchen Zentralkommission im Sinne der Entschließung des Reichstages unter seiner Führung zu.

Einschränkung der städtischen Anleihepolitik

Berlin, 3. Nov. Die wachsenden Schwierigkeiten der kommunalen Kreditversorgung haben den Vorstand des Deutschen Städtetages veranlaßt, einschneidende Beschlüsse für die kommunale Finanz- und Kreditpolitik im nächsten Jahre zu fassen. Nachdem sich die Beratungskomitee als ein ungeeignetes Instrument für die Regulierung der kommunalen Kreditpolitik erwiesen hat, wollen die Städte den Versuch machen, soweit es in ihrem Machtbereich liegt, auf Grund eigener Verantwortung und in freiwilliger Selbstdisziplin die Aufnahme von Schulden zu beschränken und die alten kurzfristigen Verbindlichkeiten zu konsolidieren.

Für die Zeit eines Sperrjahres, das am 1. Dezember 1929 beginnen soll, sollen alle nicht unbedingt notwendigen Anlage-Ausgaben abgestoppt oder wenigstens aufs äußerste beschränkt, alle nicht unbedingt dringlichen Arbeiten für spätere Zeit zurückgestellt werden. Die Atempause, die man auf diese Weise dem Geld- und Kapitalmarkt von der kommunalen Seite her schaffen will, soll dazu benutzt werden, in planmäßiger Zusammenarbeit mit den Sparkassen und kommunalen Kreditinstituten, namentlich den Girozentralen, die kurzfristige kommunale Verschuldung zu konsolidieren, so daß auf diese Weise der Geldmarkt entlastet und eine weitere Verknappung der der Gesamtwirtschaft zur Verfügung stehenden Mittel verhindert würde.

Der Beschluß des Städtetages auf freiwillige Rationierung des gemeindlichen Kreditbedarfs bezieht sich zunächst nur auf die Städte mit mehr als 50 000 Einwohnern; diese haben sich ausnahmslos bereit erklärt, sich im Zusammenwirken mit dem Städtetag der beschlossenen Einschränkung zu unterwerfen.

Der Berliner Oberbürgermeister beantragt seine Beurlaubung

OBM. Böß wünscht ein Disziplinarverfahren.

El Berlin, 3. Nov. OBM. Böß teilt mit: „Nach meiner Rückkehr von Amerika habe ich feststellen müssen, daß während meiner Abwesenheit gegen mich in einem von mir bisher nicht bekannten Maß schwere, meine Ehre berührende Angriffe erhoben worden sind, ohne daß ich in der Lage war, mich dagegen zu verteidigen. Mit Rücksicht auf die Art der Angriffe sehe ich es als meine Pflicht an, die restlose Aufklärung aller Vorwürfe im Disziplinarverfahren herbeizuführen. Ich habe deshalb heute die Einleitung des Disziplinarverfahrens gegen mich beantragt. Ich sehe weiter auf dem Standpunkt, daß es nicht angängig ist, daß ich, während ein Disziplinarverfahren gegen derartige Angriffe gegen mich schwebt, das Amt des Oberbürgermeisters der Reichshauptstadt ausübe. Daher habe ich mich nach meiner Rückkunft jeder Amtsausübung enthalten und den Herrn Oberpräsidenten gebeten, mich bis zur Beendigung des Disziplinarverfahrens zu beurlauben.“

Die gesetzliche Vertretung des Oberbürgermeisters liegt in den Händen des Bürgermeisters Scholz, auf dessen Schultern schon seit der Abfahrt des Oberbürgermeisters der Hauptteil der Amtsgeschäfte gelegen hat.

Der vom Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg und Berlin eingesetzte Disziplinaruntersuchungsrichter Oberregierungsrat Taboloff hat gestern den von seiner Amerika-reise zurückgekehrten Berliner Oberbürgermeister Böß zur sofortigen verantwortlichen Äußerung über die gegen ihn erhobenen Beschuldigungen aufgefordert.

Die Pariser Kabinettskrise

Tardieus Kabinettsbildung.

El Paris, 3. Nov. Nach allgemeiner Ansicht wird Tardieu seine Regierung auf die bisherige Majorität aufbauen und sie nach links erweitern. In der Kammer hält man es für wahrscheinlich, daß die meisten Abgeordneten, die aus Gründen der äußeren Politik der bisherigen Regierung ihr Vertrauen verlagert hatten, sich nunmehr für die neue Regierung aussprechen werden, da sie bei einem neuen Kabinettskaum mit einer Weigerung über die Abgabe sofortiger Er-

Revision der deutschen Ostgrenzen

Die nächste Aufgabe der deutschen Außenpolitik

Es ist eine der schwersten Enttäuschungen der Warschauer Außenpolitik gewesen, daß die Haager Konferenz sich auch nicht im geringsten um die seit Jahren immer wieder von polnischer Seite geäußerten Wünsche kümmerte, die ein Dölocarno als unbedingte Voraussetzung für die Rheinlandräumung hinstellten. Vielmehr war die Rolle, die der polnische Außenminister Zaleski im Haag spielte, recht kläglich, und er hat dies polnischen Pressevertretern gegenüber und in seinen amtlichen Berichten vergeblich mit schönen Worten zu verdecken gesucht. Seine nach der Haager Konferenz ausgesprochene Behauptung, daß die Räumung des Rheinlandes die Sicherheit Polens weder vom rechtlichen noch vom tatsächlichen Standpunkt ändere, paßt wirklich wenig zu seinen Bemühungen, die er bis zur letzten Stunde nicht aufgegeben hatte. Als ein für die polnische Außenpolitik verantwortlicher Minister konnte er auch diese Versuche einer engeren Verknüpfung der Rheinlandräumung mit einem Dölocarno bis zum Fall einer endgültigen Entscheidung gar nicht aufgeben, weil sich hier eine letzte, wenn auch wegen der in Warschau bekannt genug gewesenen abschneidenden Haltung der deutschen Regierung und der deutschen öffentlichen Meinung recht unwahrscheinliche Möglichkeit ergab, uns zu einem frewilligeren als im Versailler Diktat ausgesprochenen Verzicht auf unsere im Osten abgetretenen Gebiete zu zwingen. Das böse Gewissen, das man in Warschau bezüglich der uns durch brutale Gewalt und Lüge geraubten Ostgebiete nicht los wird und das in den fortgesetzten widerrechtlichen Liquidationen deutschen Besitzes gerade gegenwärtig wieder so deutlich zutage tritt, mußte die polnische Außenpolitik zu dem Versuch veranlassen, unser vitales Interesse an einer früheren Rheinlandräumung zugunsten eines Dölocarnos auszunutzen. Denn man mußte in Polen durchaus richtig, daß ein von den Sorgen um das Rheinland und um die Saar befreites Deutschland dem Osten und den östlichen Problemen verstärkte Aufmerksamkeit zuwenden werde. In der Tat werden die Ergebnisse der Haager Konferenz für uns nur einen Meilenstein auf dem Wege des Kampfes um unsere Freiheit und Existenz bedeuten können, und es ist selbstverständlich jetzt die Stunde gekommen, wo uns der Osten ruft.

Allerdings muß hier gesagt werden, daß bisher über diese notwendigen Folgen der Haager Konferenz weder bei der deutschen Regierung noch in der deutschen Öffentlichkeit die richtige Klarheit und Erkenntnis zu herrschen scheinen, eine Tatsache, die man auf polnischer Seite mit Freude feststellen wird. Gerade darum aber gilt es jetzt, das deutsche Gewissen aufzurütteln und die Revision unserer Ostgrenzen mit allem Eifer zu verfechten. Denn sie ist der zweite Meilenstein, der erreicht werden muß, der aber nur erreicht werden kann, wenn das gesamte deutsche Volk mit aller Energie nach diesem Ziele strebt. Liegen doch hier im Osten die Dinge für uns weit schwieriger als im Westen, denn es handelt sich nicht um ein besetztes Gebiet, sondern um abgetretene, in fremde Staatsgewalt übergegangene Provinzen. Sie ganz oder zum mindesten ihre für uns wichtigsten Teile wieder zu gewinnen, wird nur möglich sein, wenn die Welt es fühlt, daß sich das deutsche Volk niemals mit den durch das Versailler Diktat gezogenen Ostgrenzen zufrieden geben kann und daß der Frieden Europas gefährdet bleibt, solange sie bestehen. Die Frage der Revision unserer Ostgrenzen darf darum heute nicht mehr aus der politischen Diskussion in der Welt verschwinden, und es wird Sache der deutschen Regierung und des Reichstages sowie die der deutschen Presse und gesamten deutschen Öffentlichkeit sein, dafür zu sorgen, daß diese Revisionsfrage von jetzt ab in den Vordergrund des allgemeinen Interesses tritt und darin bleibt. Es fehlt heute wahrlich nicht mehr an einsichtigen und politisch einflußreichen Persönlichkeiten in England, Amerika und anderswo, die den polnischen Korridor für ein Übel und den Raub Oberschlesiens als ein Verbrechen an Deutschland ansehen, und es müßte doch eigentlich zugehen, wenn

es uns nicht gelingen sollte, die Zahl dieser Einsichtigen zu vermehren, sobald wir nur selbst hier mit genügender Offen-sivkraft vorgehen. Vor allem sollten wir den gegenwärtigen Augenblick, der im Zeichen der Durchführung des Young-planes und dem der Labourregierung in England steht, nicht ungenützt vorübergehen lassen. Denn die Lasten des Young-planes zu tragen, wird auf die Dauer für ein Deutschland unmöglich sein, dem man wirtschaftlich so wertvolle Provinzen wie Westpreußen, Posen und Oberschlesien genommen hat und dessen ostpreussische Provinz infolge des polnischen Korridors zu einem wirtschaftlichen Niedergang verurteilt ist. Mehr aber als bei einer konservativen Regierung in England können wir bei einer Regierung der Labourpartei auf ein Verständnis bezüglich der Ostfragen rechnen, da gerade bei den Vertretern dieser jetzt an der Macht befindlichen Partei eine tiefende Einsicht in der Frage einer notwendigen Revision unserer Ostgrenzen fest-gestellt werden kann. Es sei, um hier nur ein Beispiel zu erwähnen, daran erinnert, was der Labourabgeordnete Ken-worthy in seinem Buche „Vor kommenden Kriegen“ sagt, denn es heißt dort recht bezeichnend: „Auch Deutschland hat Beschwerden, die angehört werden müssen, und jeder Staats-mann von weitem Blick in Europa sieht, daß Abhilfe nottut. Der polnische Korridor, Oberschlesien und die Reparations-leistungen, die alle Teile schädigen, gehören zu diesen Uebel-ständen.“ Es dürfte daher dem deutschen Reichstag, wenn er in die Beratungen über den Youngplan eintritt, gerade jetzt die ganz besondere Aufgabe erwachsen, mit einer über-wiegenden Mehrheit seine Meinung dahin zum Ausdruck zu bringen, daß Deutschland die Revision seiner Ostgrenzen zu fordern hat und daß es sie ebenso um seiner wirtschaftlichen und nationalen Existenz wie um eines gesicherten europä-ischen Friedens willen fordern muß. Wenn auch von einem solchen Appell der deutschen Volksvertretung zunächst ein sichtbarer praktischer Erfolg nicht erwartet werden kann, so dürfte doch die Ausnützung eines psychologisch wertvollen Momentes zweifellos dazu beitragen, die öffentliche Welt-meinung zum Nachdenken zu zwingen und ihr Erwägungen in der Richtung der Unwenbarkeit des Artikels 19 des Völ-kerbündpaktcs, d. h. der Abänderung unhaltbar gewordener Verträge, nahe zu legen.

Es ist selbstverständlich, daß man sich auf polnischer Seite nach dem Scheitern der Dölocarnoverträge schon nach anderen Methoden umgesehen hat, mit denen man einer von uns ausgerollten Revisionsfrage der Ostgrenzen entgegen-arbeiten will. Der polnische Außenminister deutete sie auch bereits in einer neuen Propaganda für das berühmte Genfer Protokoll an, das sich ja in seiner Einleitung klar ge-nug für die Erhaltung der durch Versailles geschaffenen euro-päischen Machtverhältnisse ausspricht. Die Aussichten, das Genfer Protokoll zu neuem Leben zu erwecken, mögen viel-leicht heute nicht allzu groß sein; wir werden uns trotzdem um diese polnischen Machenschaften zu kümmern haben. Denn nicht nur in Frankreich und seinen Vasallenstaaten besitzt das Genfer Protokoll unentwegte Verteidiger, son-dern es muß auch daran erinnert werden, daß im Oktober 1924 MacDonald und seine Freunde sich in Genf dafür ein-setzten. Wegen dieser damaligen Haltung und Stellung-nahme zum Genfer Protokoll wurde MacDonald in Polen als englischer Ministerpräsident warm begrüßt, und diese Tatsache im Zusammenhange mit den Zaleskischen Äuße-rungen mahnt uns insoweit zur Genüge, auch in dieser Richtung auf der Hut zu sein, wenn wir uns nicht der Ge-fahr aussetzen wollen, in Genf durch einen plötzlichen und wohl vorbereiteten Vorstoß Polens zugunsten des Genfer Protokolls überrascht zu werden.

Auf jeden Fall hat die Stunde zu energischem Handeln in der Revisionsfrage der Ostgrenzen für die deutsche Poli-tik geschlagen, und das deutsche Volk in seiner Gesamtheit wird dafür zu sorgen haben, daß seine verantwortlichen Männer den Ruf des Ostens nicht überhören.

klärungen insbesondere über die Außenpolitik zu rechnen haben werden. In der Person Tardieus als Leiter der neuen Regierung sieht man auch in rechtsgerichteten Kreisen von vornherein eine gewisse Garantie für die energische Wahrung der französischen Interessen.

In einer Versammlung der Radikalsoz. Partei teilte An-dré Hesse mit, daß Minister Tardieu 6 radikalsozialistischen Abgeordneten ein Ministerportefeuille angeboten habe.

Kleine politische Nachrichten

Unterhansausprache über das angebliche deutsche Ge-treid-dumping. Das englische Unterhaus hat mit 266 gegen 157 Stimmen einen Antrag abgelehnt, der verlangte, daß von der Regierung sofort Schritte unternommen werden sollten, um die nachteilige Wirkung des Dumping deutschen Weizens und anderer Getreidearten auf die britische Land-wirtschaft zu beseitigen. Im Laufe der Aussprache wurde das angebliche deutsche Dumping in allen Tonarten behan-delt. Auch die Frage des deutsch-englischen Handelsvertrages wurde aufgerollt. Von der Regierung wurde jedoch aus-drücklich versichert, daß eine Verletzung des Vertrages durch die deutsche Regierung oder die deutschen Ausfuhrhändler nicht bestche. Diese Feststellung und die Ablehnung der Ent-schließung kann über die Tatsache nicht hinwegtäuschen, daß in England die Bewegung der Abriegelung nicht nur der Industrie, sondern auch der Landwirtschaft von dem ausländ-ischen Wettbewerb wächst.

Immer neue Leichensunde auf französischen Schlachtfel-dern. Bei der Freilegung eines verschütteten Kellers in Comblcs (Somme) stießen die Arbeiter auf die Leichen eines deutschen und eines französischen Soldaten. Während der französische Soldat seine Erkennungsmarke neben sich liegen hatte, konnte die Leiche des Deutschen nicht erkannt werden.

Eine Bombe am Luxemburger Justizpalast gesunden. Wie aus Luxemburg gemeldet wird, fand man unter einem Fenster des dortigen Justizpalastes eine Höllemaschine, die in eine Zeitung eingewickelt war. Man nimmt an, daß es sich um einen Protest gegen die bevorstehende Aburteil-ung des Mörders eines italienischen Konsulatsbeamten handelt.

Tod des amerikanischen Schiedsrichters Parker. Durch den plötzlichen Tod des Schiedsrichters der deutsch-amerika-nischen Entschädigungskommission, Parker, wird, wie man befürchtet, eine Verzögerung der Auszahlung der Entschädi-gungssummen für die während des Krieges beschlagnahmten deutschen Schiffe, die Funkstationen und die Patente eintreten. Der Vorsitzende der gemischten Entschädigungskommis-sion, Sanderfon, soll Parkers Nachfolger werden.

Die Beleuchtungspflicht der Städte

Eine für alle Städte grundsätzlich wichtige Entscheidung hat soeben das Reichsgericht gefällt. In der Stadt Erfelenz hatte ein Fremder in einer Gasse, in der die Straßen-beleuchtung nicht brannte, einen Unfall erlitten. Die Stadt-verwaltung brachte gegen die Schadenersatzklage vor, der Kläger als Fremder hätte nicht ohne weiteres durch die dunkle Gasse gehen dürfen, er hätte vorsichtiger sein müssen. In der ersten Instanz wurde tatsächlich die Klage abgewie-sen. Die Berufungsinstanz dagegen erklärte die Stadt für schadenersatzpflichtig, weil ihr die Beleuchtungspflicht oblag. Es handelte sich um einen Weg, der dem öffentlichen Ver-kehr diene und dort habe die Stadt für die Verkehrssicher-heit zu sorgen. Nun wurde die von der Stadt eingelegte Revision vom Reichsgericht als unbegründet zurückgewie-sen. Die Schlussfolgerungen, die sich aus diesem Urteil des höchsten deutschen Gerichtshofes ergeben, wird jede deutsche Stadtgemeinde wohl ohne weiteres zu ziehen wissen.

Aus Stadt und Land

Calw, den 4. November 1929.

Mitkirchenspfleger J. G. Seeger-Zwerenberg 7.

Aus Zwerenberg wird uns geschrieben: Am letzten Donnerstag wurde hier Mitkirchenspfleger J. G. Seeger beerdigt. Damit ist nicht nur der älteste Bürger unserer Gemeinde sondern auch eine weit über die nächste Umgebung hinaus bekannte und verehrte Persönlichkeit ins Grab gesunken. Der Verstorbene war der Ueberlieferung seines Hauses entsprechend das Haupt der hiesigen alt pietistischen Gemeinschaft, aber sein Einfluß und seine Bedeutung reichte über diesen engeren Kreis hinaus. Seine seltliche Frömmigkeit, die sichtlich sein ganzes Wesen durchdrang, trahnte mit solcher Kraft auch auf seine Umgebung aus, daß ihr Einfluß unverkennbar war. Durch das Vertrauen seiner Mitbürger waren dem Verstorbenen mehrere öffentliche Aemter übertragen worden, die er treu und gewissenhaft verwaltete, solange seine Kraft reichte, darunter das Amt des Kirchenspflegers. Wieviel Zwerenberg an diesem Mann gehabt und verloren hat, das kam bei seinem Leichenbegängnis zum Ausdruck. Eine Menschenmenge, wie wir sie hier kaum einmal so groß gesehen haben, gab dem Dahingegangenen das letzte Geleit zum Grab. Mit Ergriffenheit hörte man bei der Trauerfeier in der Kirche die Bibelworte, die der Mann, dessen Leben so ganz auf die Bibel gegründet war, an Stelle der üblichen Leichenpredigt noch selbst ausgewählt hatte. Brüder aus den Gemeinschaften, die Geistlichen und Dekane, die ihn als Mitarbeiter geschätzt hatten, widmeten ihm noch herzliche Nachrufe. Kirchenchor und Männerchor suchten ihm, der immer ihr Freund und Förderer gewesen war, noch Treue mit Treue zu vergelten, in dem sie mit Liedern nach seinem Sinne die Feier eindrucksvoller gestalteten. So ist eine Persönlichkeit von uns geschieden, die noch lange im Segen nachwirken wird, eine Patriarchengestalt, wie sie uns vielleicht nicht so bald wieder geschenkt werden wird.

Herbst-Hauptversammlung der Freiw. Feuerwehrr Calw.

Im Anschluß an die Besichtigung der Freiw. Feuerwehrr Calw durch den Landesfeuerlöschinspektor, über deren Verlauf wir bereits kurz berichteten, fand im Weißschen Saal die stark besuchte Herbst-Hauptversammlung der Wehrr statt. Kommandant Wochele konnte als Ehren-gäste Landesfeuerlöschinspektor Zimmermann, Landrat Rippmann Stadtschultheiß Göhner und Bezirksfeuerlöschinspektor Riederer begrüßen. In seinen die Versammlung einleitenden Worten wies er u. a. darauf hin, daß seit der letzten Visitation der Wehrr 25 Jahre vergangen seien; die damalige Besichtigung habe den Anstoß zur heutigen, einheitlichen Uniformierung der Wehrrleute gegeben. Aus dem sodann vom Kommandanten gegebenen Halbjahresbericht entnahmen wir, daß Verwaltungs-sitzungen am 13. Juni und 13. September stattfanden. Am 30. Sept. wurde eine Großübung der gesamten Wehrr am Gasthof s. Schwane vorgenommen und hierbei insbesondere die Leistungsfähigkeit der Motorspritze erprobt. Die Übung nahm einen durchaus zufriedenstellenden Verlauf. Zu Brandfällen wurde im verflochtenen Halbjahr lediglich die Beckerlinie alarmiert. Sie wurde am 29. Juli nach Breitenberg und am 24. Oktober nach Weilberstadt gerufen, wo sie sehr wirksam eingreifen konnte. Nachdem Kommandant Wochele abschließend nochmals seiner Freude über die Teilnahme des Landesfeuerlöschinspektors an der Hauptversammlung Ausdruck verliehen hatte, nahm Oberbaurat Zimmermann das Wort zu einer längeren Rede. Hierin dankte er einleitend Stadtverwaltung und Bezirk für die von ihnen auf dem Gebiet des Feuerlöschwehrens in den letzten Jahren geschaffenen Neueinrichtungen, die Schaffung der Beckerlinie, der Alarmanlage und der neuen Ausrüstung. Besondere Anerkennung sollte er ferner Bezirksfeuerlöschinspektor Riederer für die Begründung des Bezirksfeuerlöschverbandes, dessen Arbeit sich zum Segen des Bezirks auswirkte, und wünschte dem Feuerlöschwehrr in Stadt und Bezirk eine weitere gute Entwicklung. Dann äußerte sich der Landesfeuerlöschinspektor über die Eindrücke, welche er bei der Besichtigung der Wehrr gewonnen hatte. Die Schulübungen wie der schnelbige Angriff hätten ihm Freude bereitet. Das Abhalten von Manövern wie das Ueben der Wendungen halte er im Interesse von Manneszucht, Disziplin und Ordnung für unbedingt erforderlich. Die Ausdehnung militärischen Drills auf die Schulübungen sei hingegen verfehlt, hier komme es in erster Linie auf zweckmäßiges Arbeiten an. Erstrebenswert seien die neuerdings vielfach in Aufnahme kommende Ausbildung zum Einheitsfeuerwehrmann, der alle Geräte bedienen könne; dadurch werde eine in praktischer Hinsicht zu begünstigende Herabsetzung der Mannschafstärke der Wehrr ermöglicht. An die Führer richtete der Landesfeuerlöschinspektor den Appell, sich im Ueben der vorgeschriebenen Kommandos zu üben. Wichtig gegebene Kommandos seien die erste Vorbewegung zum Gelingen der Übungen. Nachdem er den Steigern Übungen im Stocksteigen — in Anbetracht der hier häufig engen Bauweise — besonders anempfohlen hatte, gab Oberbaurat Zimmermann praktische Ratsschlüsse über zweckmäßiges Arbeiten bei der Herstellung von Schlauchlagen. Auf die Angriffsbewegung beim oberen Bedeck eingehend, lobte er das rasche Arbeiten der Wehrrmänner und das zielichere Vorgehen des Kommandos, welches seine Anordnungen nach richtigen Gesichtspunkten zu wählen verstanden habe. Es sei richtig gewesen, vor allem den Innenangriff zu pflegen und den Außenangriff zurückzustellen. Die mechanischen Leitern sollten in erster Linie Rettungszwecken dienen, das Spritzen von ihnen in freiem Stand sei zu unterlassen. Die Leistungen der Wehrr hätten ihn zufrieden gestellt, nicht aber die bedauerliche Tatsache, daß im Rapportbuch die Zahl der Versäumnisse einen ungewöhnlich hohen Prozentsatz aufweise. Durch eine geeignete Abänderung der Strafbestimmungen der Satzung müsse eine vollzählige Teilnahme bei den Übungen erreicht werden. Der Landesfeuerlöschinspektor empfahl die Aufnahme des folgenden Satzungsparagrafen: Feuerwehrrangehörige, die bei zwei Übungen im Jahr

ohne genügende Entschuldigung fehlen, sind aus den Listen zu streichen; ferner regle er die Mitwirkung der Polizeibehörde bei der Eintreibung der Strafgebühren an. Abschließend auf die Materialbeschaffung eingehend, bezeichnete Oberbaurat Zimmermann die Erstellung eines Steigerturns in Verbindung mit einer Vorrichtung zum Trocknen der Schläuche im Winter als notwendig. Der Amtskörperschaft empfahl er die Anschaffung eines Schaumlöschgenerators für die Motorspritze. Bezirksfeuerlöschinspektor Riederer anerkannte das dankenswerte, weitgehende Verständnis der Stadtverwaltung wie der Amtskörperschaft für die Belange des Feuerlöschwehrens. Die Inspektion habe den Zweck gehabt, neu zu lehren. Nicht die Vorschriften allein täten es, man müsse sie auch zweckmäßig zu handhaben wissen. Man habe viel neues gelernt und es sei zu hoffen, daß die gegebenen Anregungen einen guten Boden gefunden hätten. Wenn auch die Zahl der Versäumnisse bei den Übungen der Calwer Wehrr hoch sei, im Ernstfall seien alle da und auf ihre Schlagfertigkeit könne man sich verlassen. Stadtschultheiß Göhner sagte namens der Stadtverwaltung zu, wie bisher den Bedürfnissen der Wehrr weitgehend entgegenzukommen und dankte den Wehrrleuten für ihre dem Gemeinwohl dienende Tätigkeit, welcher der Schutz großer Werte anvertraut sei. Die Stadtgemeinde setze ein sicheres Vertrauen in ihre Wehrr, die dies auch in vollem Umfang verdiene. Kommandant Wochele dankte für das der Wehrr bekundete Vertrauen, sagte die Erwägung einer Neuordnung der Strafbestimmungen innerhalb des Verwaltungsrates zu und gelobte, unter Verwertung des bei der Besichtigung Gelernten, erneut an die Arbeit zu gehen. Damit fand die Hauptversammlung, welche durch musikalische Beiträge der Feuerwehrkapelle unter Leitung von Musikdirektor Frank verschönt wurde, ihr Ende.

Protestversammlung des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten.

Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, ehem. Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen, Bezirksleitung Calw hatte für Sonntag nachmittag zu einer Protestversammlung gegen den geplanten Abbau in der Versorgung der Kriegsbeschädigten in den Weißschen Saal eingeladen. Bezirksvorsitzender Rappold eröffnete die sehr zahlreich besuchte Versammlung, an welcher u. a. auch Bezirksobmann Rühle und Regierungsrat Ziegler vom Würt. Kriegerbund und als Vertreter der SPD., des ADGB, und des Reichsbanners Herr Dague teilnahmen. Im Mittelpunkt der Protestversammlung stand die Rede eines Mitgliedes des Gauvorstands Württemberg, Herrn Wagner-Cannstatt. Der Referent schilderte zunächst den bisherigen Kampf des Reichsbundes um eine gerechte Entschädigung der Kriegsoffer, indem er auf die Versuche des Reiches, die Beschädigten nach dem Mannschafservorgungsgesetz von 1906 abzuführen und die endliche Schaffung des Versorgungsgesetzes von 1920 hinwies, welches dem Kriegsverletzten wenigstens das Recht auf Arbeit garantierte. Seit 1918 habe man die Kriegsoffer mit leeren Versprechungen hingehalten und nur der stärkste, organisierte Kampf habe die Erfüllung der Mindestforderungen erzwingen. Nach über 10jähriger Arbeit des Reichsbundes für die Opfer des Krieges und ihre Hinterbliebenen ziehe nun eine neue Gefahr heran, welche das mühsam Erreichte wieder nichtig zu machen drohe. Weite Kreise der Wirtschaft drängten heute darauf, den Versorgungsbeitrag zu beschneiden und die berechtigten Forderungen der Beschädigten zu schmälern. Das bekannte Sparprogramm der DVP. habe einen Abstrich in Höhe von 45 Millionen RM. am Posten Kapitalabfindung des Versorgungsbeitrags gefordert, eine Forderung, die lediglich durch das entschiedene Eintreten der SPD. auf 25 Millionen reduziert werden konnte. Immer schwerer werde es, die Ansprüche der Kriegsbeschädigten wirksam zu verfechten; nur noch auf dem Klagewege, dem Wege des Gerichts lasse sich eine gerechte Versorgung erkämpfen. Die Versorgungsämter dienten vor allem fiskalischen Interessen, nicht aber denen der Kriegsoffer. Erneut hätten sie wieder Nachuntersuchungen anberaumt, um die Zahl der Renteneempfänger herabzusetzen, obgleich noch 120 000 unerledigte Berufungen dem Reichsverwaltungsgericht vorlägen. Die Reichsregierung sei wohl willens größere Mittel dem Versorgungshaushalt zuzuführen, ob sie das aber durchführen kann, erscheint dem Referenten fraglich. Denn eine neue, große Gefahr für die Kriegsoffer bilde der Vorstoß der Rechtsparteien im Volksbegehren gegen den Youngplan. Dieses drohe das mit vielen Opfern erkaufte Friedenswerk zu vernichten, den inneren Streit im Volk neu zu entfachen und die Wirtschaft zu erschüttern. Die beschiedene Forderung der Kriegsbeschädigten sei: Gewährung einer zureichenden Fürsorge im Wege des Gesetzes. Diese Forderung sollten alle Deutschen, die noch ein Herz haben, unterstützen und den Gedanken an ein neues Völkermorden ausmerzen. Wie wieder Krieg, laute der Ruf der Kriegsoffer all denen gegenüber, die wiederum die Waffe anstelle des Rechtes setzen wollten. Eine Entschädigung, in welcher Protest gegen den planmäßigen Abbau der Kriegsofferversorgung erhoben und die Aufhebung der dahinstehenden Maßnahmen sowie ein im Bereich des Möglichen liegender Ausbau der Versorgung gefordert wird, fand einstimmige Annahme.

Jungviehprämierung des Viehzuchtvereins Calw.

Am Kirchweihsonntag fand in Neubulach die diesjährige Jungviehprämierung mit vorausgehender Nachzucht-schau statt. In diesen Schauen waren nur Tiere mit beiderseitigem Abstammungsnachweis im Besitz von Mitgliedern des Vereins zugelassen. Zur Jungviehprämierung wurden insgesamt 3 Farren und 84 Rinder, zur Nachzucht-schau 25 Nachkommen des Genossenschaftsfarrens „Mucius“ aufgeführt. Der größte Teil der zur Jungviehprämierung zugeführten Tiere stammte aus den Waldgemeinden, ein deutlicher Beweis dafür, daß in den Waldgemeinden die Viehzucht besseren Fuß gefaßt hat und auch mehr züchterisches Interesse vorhanden ist als in den Gängemeinden, obwohl dort die Verhältnisse für eine blühende Viehzucht fast besser gegeben wären. Aber leider fehlt dort vielfach das züchterische Interesse und Verständnis der Landwirte. Das Preis-

gericht bestand aus den Herren Tierzuchtinspektor Dr. Walther-Herrenberg, Domänenpächter Friedr. Adlung-Sindlingen und Vet.-Rat Dr. Meßger-Nagold. Anlässlich des am gleichen Tage stattfindenden Neubulacher Marktes hatte sich eine große Zahl von Landwirten und Interessenten des Bezirks eingefunden, darunter auch Reichs- und Landtagsabgeordneter Dingler und Stadtschultheiß Müller. Die Veranstaltung des Vereins wurde mit der Nachzucht-schau unter Leitung von Tierzuchtinspektor Dr. Walther eröffnet. Vorgeführt wurden dabei 3 Farren und 25 1-jährige Rinder, sämtlich Nachkommen des Genossenschaftsfarrens. Nach der Aufstellung der Tiere gab Dr. Walther eine kurze Erläuterung über die Fortschritte, die nun innerhalb von 2 Jahren auf dem Gebiete der Tierzucht durch die Aufstellung eines guten, dem heutigen Zuchtziel entsprechenden Farren erreicht worden sind, wobei jeder Landwirt Gelegenheit hatte, an Hand des vorgezeigten Materials sich von der Tatsache zu überzeugen. Auch vom Preisgericht wurde diese Leistung der Züchter als vorbildlich anerkannt und der Farrenhaltungs-genossenschaft Liebelsberg und Oberhaugstett ein 2. Preis zuerkannt. An die Nachzucht-schau schloß sich die Prämierung der Jungtiere an, wobei folgende Preise zuerkannt werden konnten:

1. Farren: Farrenhalter Rau in Stammheim einen 2. Preis mit 25 M. Gemeinde Altbulach einen 3. Preis mit 15 M. 2. Rinder: 1. Jugendklasse: Rudolf Pfeiffer in Oberhaugstett und Schultheiß Proß in Oberhaugstett je einen 2. Preis mit 12 M., einen 3. Preis mit 8 M. erhielten: Ulrich Braun in Liebelsberg, Kath. Rothfuß Witwe in Oberhaugstett, Johs. Claus in Oberhaugstett, Georg Burkhardt in Schmich, Gottlob Dongus in Dedenpfronn, Chr. Rometsch Witwe in Altbulach. Jakob Holzäpfel in Oberhaugstett und Jakob Schwämme in Liebelsberg je eine Anerkennung mit 5 M. 2. Mittelklasse: Heinrich Hanelmann in Liebelsberg und Chr. Volz in Oberhaugstett je einen 2. Preis mit 15 M. 3. Preise mit 10 M. erhielten: Georg Claus in Oberhaugstett, Adam Hamann in Röttenbach, Wadenhut in Zwerenberg, Anwalt Pfrommer in Weltenschwann. 3. Altersklasse: Karl Hanelmann in Liebelsberg einen 1. Preis mit 25 M. sowie einen Ehrenpreis, bestehend in dem Jahresabonnement auf die Südd. landw. Tierzucht, Schultheiß Braun in Liebelsberg einen 1. Preis mit 25 M., 2. Preise mit 20 M. erhielten: Fritz Stepper in Oberhaugstett, Schultheiß Rentzler in Schmich, Ulrich Braun in Liebelsberg. 3. Preise mit 15 M.: Ulrich Noller in Liebelsberg, Großmann in Oberhaugstett, Friedr. Nonnenmann in Liebelsberg, Schulth. Rentzler in Schmich, Gg. Blain in Liebelsberg, Wagner Steimle in Liebelsberg.

Die Qualität der Rinder in der Jugendklasse befriedigt weniger, weil gerade in dieser Klasse die Aufzuchtfehler noch am meisten hervortraten. Daß in dieser Hinsicht noch große Fessler begangen werden, bewiesen vor allem einzelne sehr leichte Tiere mit fehlerhaften Körperformen. Vielfach ist es auch die fehlende Bewegung der Tiere, die sich ungünstig auf die Entwicklung der Körperform und des Ganges auswirkt. Die vorgeführten Tiere bildeten ein sinnfälliges Beispiel, daß die Tierzucht nur dann gehoben werden kann, wenn mit Zuchtwahl eine gute Viehpflege und zweckmäßige Fütterung Hand in Hand gehen. Weit besser befriedigten die Tiere der Mittel- und Altersklasse, weil bei diesen Tieren die gemachten Aufzuchtfehler nicht mehr in so starkem Maße in Erscheinung traten. In dieser Klasse konnten einzelne Tiere als wirkliche Spitzenleistungen bezeichnet werden. Es ist zu wünschen, daß diese Veranstaltung des Viehzuchtvereins dazu angetan sein wird, das Interesse der Landwirte zu weiterer erproblicher Züchterarbeit zu wecken und wach zu halten.

Der Brand in Wildberg.

Beim Freitag nachmittag gegen 4 Uhr ertönte in Wildberg Feueralarm. Im Hause des Eugen Dengler, Mechaniker u. Fahrradhandlung in der Nagolder Straße, ist bis jetzt auf ungeklärte Weise Feuer ausgebrochen, welches in kürzester Zeit auch das Nebengebäude des Georg Mangold ergriff. Die Wildberger Feuerwehr war rasch zur Stelle, konnte aber infolge Wassermangels nicht schnell genug arbeiten, so daß die Nagolder Motorspritze alarmiert werden mußte. Dieselbe ist gegen 5 Uhr auf dem Brandplatz erschienen und durch ihr entschlossenes Eingreifen ist größeres Unglück verhütet worden, da die dichtangebaute Nachbargebäude vom Feuer sehr bedroht waren. Während bei Dengler vom Inventar nichts mehr gerettet werden konnte, gelang dies bei Mangold zum Teil. Die beiden Häuser brannten bis auf die Grundmauern vollständig nieder. Wie verlautet sind die Abgebrannten schlecht versichert.

Wetter für Dienstag und Mittwoch.

Der Hochdruck über der Ostsee und Skandinavien hat sich bisher behauptet. Ueber Island liegt immer noch eine starke Depression. Für Dienstag und Mittwoch ist nur zeitweilig aufhellendes, aber vorwiegend trockenes Wetter zu erwarten.

Salz O. Nagold, 3. Nov. Auf einen Beschluß des Gemeinderates hin wurde das hiesige Schotterwerk stillgelegt. Einer ganzen Anzahl von Arbeitern und Bauern wurde dadurch ein lohnender Verdienst genommen.

Strenberg, 3. Nov. Ein treuer Beamter tritt mit Oberbahnwärter Weiser-Mittelt nach 40jähriger Dienstzeit in den Ruhestand. Seitens seiner Behörde wurde dem scheidenden Beamten Dank und Anerkennung gezollt. — Im Geflügelhof Herrenberg, der im Frühjahr dieses Jahres rechts der Bahnlinie nach Nebringen in der Nähe der Steinwerke Herrenberg durch Baurat Schaaf eröffnet und mit 250 Stück weißen amerikanischen Leghorn-Hühnern besetzt wurde, hat dieser Tage eine 6 Monate alte Henne ein Ei im abnormen Gewicht von 91 Gramm gelegt.

Stuttgart, 3. Nov. Am Freitag abend kam der 58 Jahre alte Stellwerkmeister Wohl bei der Blockstelle Prag beim Ueberqueren der Gleise unter die Räder einer Lokomotive und war sofort tot. Der Verunglückte hinterläßt eine Frau und 3 Kinder.

Stuttgart, 3. Nov. Der 28jährige ledige Landwirtsohn Karl Gronbach kam beim Einschrauben einer elektrischen Birne mit dem Strom in Berührung und wurde getötet.

Die „Zeppelin“-Arktisfahrt gesichert

Die Verhandlungen zur Befestigung der Meinungsverschiedenheiten zwischen der Besatzung des „Graf Zeppelin“ und „Aero-Artic“ sind von Erfolg gekrönt worden. Nachdem die materiellen Bedingungen für die Befestigung in Bezug auf Versicherung und Entlohnung verbessert werden konnten, steht nunmehr die Expedition fest. Das Vorstandsmittglied der Aero-Artic, Dr. Bleisstein, hat sich bereits nach Amerika begeben, um mit den dortigen Behörden die Maßnahmen zur Unterstützung auf dem amerikanischen Festland (Alaska) zu besprechen.

Turnen und Sport

Gauturnfest 1930.

Das Gauturnfest des Schwarzwald-Nagoldgaues findet 1930 in Bad Wildbad statt. Ob im Anfang des Sommers oder erst gegen Ende der Kurzeit, das steht noch nicht fest. Man erwartet starke Beteiligung, ist doch seit 40 Jahren kein Turnfest mehr in Wildbad gewesen. Es dürften sich wohl wenigstens 40 Vereine beteiligen. Auch von Neuenbürg erwartet der Turnverein Wildbad große Beteiligung. Die ersten Vorarbeiten sind gelegentlich der letzten Hauptversammlung bereits in die Wege geleitet worden. Die einzelnen Vereine der vereinigten Gaue dürften anfangs 1930 Näheres erfahren.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft

Berliner Briefkurse.

100 holl. Gulden	168,87
100 franz. Franken	16,49
100 schweiz. Franken	81,08

Börsenbericht.

Stuttg. 3. Nov. Infolge Senkung des Reichsbankdiskonts lag die Börse am Wochenende sehr fest bei steigenden Kursen.

Neue Fünzigpfennig- und Markstücke.

Am 1. Dezember verlieren bekanntlich die 50-Pfennigstücke aus Aluminiumbronze ihre Gültigkeit und ihre Einlösung erfolgt von da ab nur mehr an den öffentlichen Kassen. Als Ersatz werden 274 Millionen neue 50-Pfennigstücke in den Verkehr gebracht, mit deren Ausprägung die deutschen Münzanstalten zurzeit beschäftigt sind. Die neuen 50-Pfennigstücke bestehen aus reinem Nickel. Zurzeit befinden sich 126 Millionen Münzen im Umlauf, jedoch also nach Inverkehrsetzung der 274 Millionen neuen 50-Pfennigstücke im ganzen 400 Millionen Stück 50-Pfennige im Verkehr sein werden. Eingezogen sollen auch die 1- und 3-Markstücke des Jahres 1924 werden, deren Prägung teilweise nicht einwandfrei ist. Die eingezogenen Stücke zu 1 und 3 Mark werden durch neue erstklassig ausgeführte Stücke ersetzt werden. Die alten 50-Pfennigstücke aus Aluminium werden im übrigen noch 2 Jahre lang von den Reichs- und Landesbanken in Zahlung genommen und von dort endgültig eingezogen.

Stuttgarter Großmärkte.

Kartoffelgroßmarkt auf dem Leonhardsplatz: Zufuhr 200 Ztr., Preis 3-3,30 M. — Silberkrautmarkt auf dem Leonhardsplatz: Zufuhr 100 Ztr., Preis 6-6,20 M. — Rostobstmarkt auf dem Wilhelmplatz: Zufuhr 500 Ztr., Preis 4-4,20 M. für 1 Ztr.

Stuttgarter Obst- und Gemüsemarkt vom 2. Nov.

Tafeläpfel 10-18; Schüttel-, Ausschuß-, Fall- und Mostäpfel 4-4,20; Tafelbirnen 10-22; Quitten 10-15; Walnüsse 35-45; Zwetschgen 18-20; Kartoffeln 2,8-3,5; Stangen-

bohnen 40-50; Stoppsalat 4-12; Endivienalat 4-10; Wirfling (Kohlrabi) 6-8; Silberkraut 6-7; Weißkraut rund 6-7; Rotkraut 8-10; Blumenkohl 1 Stück 20-60; Rosenkohl 20-25; rote Rüben 6-8; gelbe Rüben 5-6; Karotten runde 1 Bund 5-10; Zwiebel 6-8; Gurken große 1 Stück 40-70; Rettiche 5-10; Monatsrettiche 1 Bund 8-10; Sellerie 1 Stück 5-20; Tomaten 1 Pfund 15-20; Schwarzwurzeln 35-40; Spinat 10-15; Mangold 6-8; Kopfkohlraben 1 Stück 4-8.

Calwer Wochenmarkt.

Bei dem am letzten Samstag stattgefundenen Wochenmarkt wurden folgende Preise bezahlt. Kartoffeln 3,20 bis 3,50 M, Landkraut 4 M je der Zentner, Weißkraut 10 S, Rotkraut 15 S, Wirfling 12 S, gelbe Rüben 10 S, rote Rüben 10 S, Zwiebeln 12 S, Spinat 30 S je das Pfund, Rosenkohl 25-35 S, Blumenkohl 0,40-1 M, Rettich 10-15 S, Endivien 15 S, Quitten 15 S, Birnen 12-15 S, Zwetschgen 10 S, Äpfel 10-12 S, Tafelbutter 2,30-2,40 M, Landbutter 1,70-1,80 M, frische Eier 17 S.

Viehpreise.

Künzelsau: Kalbinnen 350-450, Jungvinder 170-225, Jungfarren 240 M. — Rosenfeld: Kühe 430-620, Kalbinnen 470-660, Jungvieh 170-400 M.

Fruchtpreise.

Aulendorf: Gerste 9,50-10 M. — Ehingen a. D.: Gerste 9,80, Hafer 9 M. — Erolzheim: Kernen 12,50, Dinkel 8,20, Weizen 11,50, Roggen 9, Hafer 8, Gerste 10,30 M. — Ehingen a. D.: Kernen 12,30, Roggen 9, Gerste 9,50-10,30, Hafer 7,40, Weizen 11,60 M. — Tübingen: Weizen 11,50-12,50, Dinkel 8,50-9, Gerste 10, Hafer 8-9 M. — Winnenden: Weizen 12,40-12,80, Hafer 7,80-8,20, Dinkel 9,50-10,50, Roggen 10,50-11,50 M.

Die örtlichen Kleinhandelspreise dürfen selbstverständlich nicht an den Börsen- und Großhandelspreisen gemessen werden, da für jene noch die sog. wirtschaflichen Wertbehalten in Zuschlag kommen. Die Schriftl.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Gewerbeschule Calw.

Vorbereitungskurs für die Reifeprüfung und Kurs in Buchführung.

Beginn Montag, 4. November 1929, Saal 1, 6 1/2 Uhr abends.

Fortbildungskurs für Elektrotechniker

Beginn Dienstag, 5. November 1929, Saal 1, 6 1/2 Uhr abends.

Günstige Fortbildungsgelegenheit.

Sofortige Nachanmeldungen werden noch berücksichtigt.

Der Vorstand: Aldinger.

Der auf 11. ds. Mts. auf das Rathaus in Sonnenhardt anberaumte Termin zum Zwecke der

Zwangsversteigerung

der Hälfte des Nag Schwinghammer in Ludwigsburg an Parz. Nr. 270/1 Markung Sonnenhardt findet nicht statt.

Bad Teinach, 2. November 1929.

Kommissär Knapp.

Bruch-Heilung

Ohne Operation! Ohne schmerzhaftes Einspritzen!
Ohne Herabsetzung! Auf naturgemäßem Wege!

Wörner's Bruchheil-Institut

S 1, 5 (Breitestr.) MANNHEIM Telephon 22964

D.R.P. 483091 / Auslandspatente

Anwesend in der Zweigniederlassung:

Pforzheim, Kronprinzenstraße 27,

Donnerstag, den 7. November von 9 bis 2 Uhr.

Kostenlose Untersuchungen!

Bestätigung:

Es ist mir Herzenssache, Ihnen für die so schnelle und operationslose Heilung meines linksseitigen, mich erhebl. belästigenden Leistenbruchs meinen herzlichen Dank auszusprechen. Während der Behandlungszeit übte ich meinen Beruf ohne jede Beeinträchtigung aus. Ich versichere Ihnen, daß ich vollständig geheilt bin, jede Arbeit wieder verrichten kann und die so lästigen Bruchbänder nur noch in meiner Erinnerung leben. Indem ich Ihnen noch ein langes Leben im Interesse der bruchleidenden Menschheit wünsche und Sie bei passender Gelegenheit stets empfehlen werde, grüßt Sie dankbarst

Heinrich Klotz, Polizei-Hauptwachmeister, K. . . ., 14. Juli 1929.

Tatsachen beweisen, deshalb überzeugen Sie sich! — Verlangen Sie meine illustrierte Broschüre mit Bestätigung über 2000 geheilter Bruchleidenden gratis! — Erstes und ältestes, seit Jahrzehnten bestehendes Institut!

Sortiertes

Bollsalz

ärztlich herseits empfohlen

Wurster

am Markt.

Wir liefern

Formulare Tabellen

rasch u. billig

Tagblatt-Druckerei

Entmöbl. heizb.

Zimmer

zu vermieten

Leukhardt, Ronneg. 5.

In verkaufen:

3 Bettstellen

samt Kiste, sowie eine

eichene

Speisetafel.

Benion Walsrieden

Bad Teinach



Ehe Sie Druck-Aufträge nach auswärts vergeben

fragen Sie doch bei uns an, ob wir Sie nicht vorteilhafter bedienen können

Tagblatt-Druckerei Calw

Fernsprecher Nr. 9

Lederstraße 23

Mutti! Mutti!

Meine Puppe hat gar keine schöne Haare mehr, laß ihr bitte eine

Perücke

machen. Bubiköpfchen! oder lange Zöpfchen. Im Friseurgeschäft

Fröhlich, Bahnhofstraße

werden solche rasch, schön und billig angefertigt

Mutti!

läute doch mal rasch an, er ist ans Ortsnetz angeschlossen

unter Nummer 318

Echt amerikanische Opoffum

schöne Felle Stück 5,90 Mark

Zurichten einer Garnitur 3 Mark

W. Luz, Puz u. Pelze, Bahnhofstr.

Neue Winterfahrpläne

sind auf der Geschäftsstelle dieses Blattes das Stück zu 20 Pfennig erhältlich.

Versteigerung.

Am Mittwoch, den 6. d. M., versteigere ich von mittags 1 Uhr ab in der Biergasse Nr. 5, gegen Barzahlung:

2 Bettladen, 2 Nachttische, 1 Waschkommode mit Spiegelansatz, 1 Kleiderschrank (alles weiß lackiert), 2 Bettröste und Betten, 2 Delgewände, 1 neuen grauen Mantel und sonstiges.

R. Hauser.

Brennessel- und Birkenhaarwasser für Haare und Haarboden Flasche Mk. 1.50 bei R. Otto Binçon, Calw.

Rasiermesser werden haarscharf abgezogen bei Friseur Obermatt.

Landw. Bezirksverein Calw.

Wir haben auf Lager:

- | | |
|----------------|---------------|
| Thomasmehl | Hafer |
| Kalifalz | Roggen |
| Rainit | Mais |
| Ammoniak | Maismehl |
| Nitrophoska | Leinmehl |
| Kalkstickstoff | Sojafchrot |
| Kohlenfauren | Feuterkalk |
| Düngkalk | Viehlebertran |
| Wegdüngkalk | |

Ausgabe in Calw: Mittwochs u. Samstags
Ausgabe in Althengstett: Dienstags.
Die Geschäftsstelle.

Gelee

Fisch-Marinaden

zeichnen sich aus durch pikanten Geschmack, stramme Packung und sind hygienisch einwandfrei hergestellt in der technisch modernsten

Marinieranstalt der **G. E. G.**

in Gewürzsoße in Mayonnaise in Gelee

Bismarckhering

Bratheringe

ovale Dosen von 60 Pfg. an

Kollmöpfe

stets frisch

Fettbücklinge

im

Konsumverein.

Breitenberg (Hinterweiler)

Die zur Erstellung von einem landwirtschaftlichen Einwesen für Herrn Johannes Hörmann, Landwirt erforderlichen

Beton-, Maurer-, Steinhauer- und Zimmerarbeiten (Handarbeit), Schmied-, Tischler-, Gipser-, Schreiner-, Glaser- u. Schlosserarbeiten, sowie die Lieferung der erforderlichen Eisen- und Baumaterialien

sind im Preislistenverfahren zu vergeben.

Die Unterlagen sind beim Unterzeichneten zur Einsicht aufgelegt, und wollen Angebote bis spätestens Samstag, 9. d. M., vorm. 9 Uhr daselbst, oder bis 1 Uhr mittags selben Tages beim Bauherren abgegeben werden. Die Wahl unter den Bewerbern bleibt der Bauherren vorbehalten. Zuschlagsfrist 10 Tage.

Bad Teinach, den 2. November 1929.

Söll, Architekt.